

INHALT

Parteitag	Bielefeld	2
Güter	Pappenheim	4
Parteiwahlen	2015	4
"Religion ist Opium fürs Volk"		5
Beitragsehrlichkeit - Beitragstabelle		7
Termine		8

Danke, Gregor!



Neuer Büroleiter

Holger Auerswald ist seit 01.04.2015 neuer Büroleiter des Landtagsabgeordneten Steffen Harzer (MdL)

Im Mittelpunkt des Parteitages standen der Leitantrag für die zukünftige Parteilarbeit, eine Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen und zu kommunal-politischen Fragen, die Wahl der Bundesschieds- und der Bundesfinanzrevisionskommission.



THUERINGER DELEGIERTE PARTEITAG BIELEFELD 06.-07.JUNI 2015

LINKEN – Parteitag 06.-07.06.2015 Bielefeld



Nachbetrachtungen zum Bielefelder Parteitag

Am ersten Juniwochenende, am 6. und 7. Juni, fand der Bundesparteitag unserer Partei statt. Unser Kreisverband war durch Genossen Maik Nothnagel und mich vertreten. Ich fand es wieder besonders gut, dass Maik in der abendlichen Diskussion über die kommunalpolitischen Leitlinien sprach. Er betonte, dass in linker Kommunalpolitik die Rechte der Behinderten eine wichtige Rolle spielen müssen, so, wie sie in der UNO-Konvention festgeschrieben sind. Diese verbrieften Menschenrechte sind der Maßstab einer echten Behindertenpolitik und nicht die Kosten, denn die behinderten Menschen sind keine Almosenempfänger. Am Beispiel unseres Kreistages zeigte Gen. Nothnagel, wie mit dem Abgeordnetenmandat von Jürgen Schmidt und seinem eigenen Inklusion verwirklicht werden kann. Ich habe mich gefreut, dass unser Landkreis und damit auch unser Kreisverband, die ja oft landes- oder bundespolitisch kaum oder gar nicht Erwähnung finden, wenigstens für eine Weile im Mittelpunkt des Interesses standen. Dafür nochmal mein besonderer Dank an Maik!

Ich bin überzeugt, dass viele von euch sehr aufmerksam den Parteitag in Fernsehen, Presse und im Internet verfolgt haben. Leider hat sich die Berichterstattung teilweise nur mit Gregor Gysis großartiger Rede und seinem angekündigten Rücktritt als Fraktionsvorsitzender beschäftigt, viele der anderen wichtigen Themen und Beschlüsse blieben dabei unberücksichtigt. Ich möchte euch hier in einzelnen Artikeln Schwerpunkte des Parteitages vorstellen und dazu auch Auszüge aus Grundsatzreden und Beschlüssen.

„Der Sozialismus ... muss demokratisch, feministisch, ökologisch und lustvoll sein.“

Dieser Satz, ausgesprochen von unserer Vorsitzenden Katja Kipping, war für mich der schönste des gesamten Parteitages. Ja, es wurde wieder über den Sozialismus gesprochen, doch nicht über den von uns in der Vergangenheit erlebten, sondern über den der Zukunft. Das

heißt für mich also: der demokratische Sozialismus, in dem auch Freude und Lust am Denken, Arbeiten, am moralischen Verhalten und Geselligkeit eine wichtige Rolle spielen. Mir fiel sofort der altgriechische Philosoph Epikur ein (einer meiner Lieblingsphilosophen), der etwa in dieser Weise die menschliche Lust als ein bewegendes Element des Lebens gesehen hat. Sozialismus – wie kann er unter heutigen kapitalistischen Bedingungen überhaupt in Angriff genommen werden? Das war eine entscheidende Thematik des Parteitages, einhergehend mit einer Analyse der heutigen Situation in Deutschland unter Einbeziehung globaler Aspekte. In den Grundsatzreden von Katja Kipping, Bernd Riexinger und Sarah Wagenknecht und in etlichen Diskussionsbeiträgen ging es um diese Problematik.

Weitere Schwerpunkte waren:

- der Leitantrag der Partei
- die Kampagne „Das muss drin sein“
- das bedingungslose Grundeinkommen (BGE)
- die kommunalpolitischen Leitlinien
- die Bundesfinanzordnung
- innen- und außenpolitische Fragen

Insgesamt hat der Parteitag zum einen wichtige Ziele und Wege zu deren Verwirklichung verdeutlicht und beschlossen, zum anderen auch zu gründlichen Überlegungen noch offener Fragen, z. B. zum bedingungslosen Grundeinkommen angeregt. Dass ein Parteitag auch, so wie oben gesagt, „lustvoll“ sein kann, eben nicht nur Interesse, sondern Lust am Zuhören und intensivem Mitdenken vermitteln kann, bewies eine Expertendiskussion am Abend des ersten Beratungstages. Katja Kipping und eine Genossin der KP Österreichs einerseits und Bernd Riexinger und ein Vertreter der Diakonie aus Berlin andererseits debattierten über das Für und Wider eines bedingungslosen Grundeinkommens. Schmalkalder Genossinnen und Genossen werden sich daran erinnern, dass wir vor einigen Jahren Katja Kipping als Gastrednerin zum bedingungslosen Grundeinkommen hören und mit ihr diskutieren konnten. Ich wünsche mir öfter solche Gesprächsrunden,

Fortsetzung S. 3

Fortsetzung von S. 2

auch hier im Rahmen unseres Kreisverbandes. Insgesamt nahm der Parteitag den Antrag an, die Diskussion zum „BGE“ intensiv fortzuführen unter dem Motto „Gemeinsamkeiten betonen, Kontroversen solidarisch austragen“.

Für eine starke LINKE – Für Solidarität, Frieden und Gerechtigkeit - Wahlerfolge 2016 organisieren Kampagne „Das muss drin sein“

Im Leitantrag zur zukünftigen Parteipolitik stehen zu Beginn drei Kapitel, die die gegenwärtige Situation in Europa und in Deutschland scharf kritisieren. „Europa: Hoffnung und Krise“, „Bilanz negativ: Große Koalition regiert an den gesellschaftlichen Problemen vorbei“ und „Große Koalition verspielt die Zukunft des Landes“. „In Europa gibt es einen Hoffnungsschimmer. Hoffnung auf ein Ende der Kürzungspolitik, Hoffnung auf einen politischen Kurswechsel, Hoffnung auf einen sozialen und demokratischen Aufbruch.“ Hierbei bezieht sich der Leitantrag auf den Wahlsieg von Syriza in Griechenland, hoffend auch auf eine ähnliche Entwicklung im Herbst in Spanien. Doch „Merkel und die deutsche Bundesregierung erpressen die neue griechische Regierung und spielen mit der Zukunft Europas.“ ... „Als LINKE machen wir dafür Druck mit klaren Alternativen für einen grundlegenden Richtungswechsel in Europa: Griechenland und die südlichen Länder benötigen wieder finanziellen Spielraum ... der Machtmissbrauch der Europäischen Zentralbank ... muss unverzüglich beendet werden.“ Wir fordern „Investitionen zur Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit und Armut in Europa durch ein eurozonenweites Zukunftsinvestitionsprogramm.“ „Die LINKE richtet sich gegen die „Nullzinspolitik“, die „Schattenbanken“ und strebt die Überführung „privater Großbanken“ in „öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle“ an und eine „Finanztransaktionssteuer“. ... „Wir fordern die Sozialdemokratie auf, sich endlich von ihrer neoliberalen Krisenpolitik zu lösen und ihrem Bekenntnis zu einem sozialen Europa endlich Taten folgen zu lassen ...“ Bezüglich der Krise in der Ukraine wird u. a. ausgeführt: „Einseitige Schuldzuweisungen zeigen keinen Ausweg ... EU, NATO und Russland haben es versäumt, eine dauerhafte, tragfähige europäische Sicherheitsarchitektur auf den Weg zu bringen – aber sie wird nur kommen, wenn beide Seiten sie wirklich wollen. ... Der Krieg in der Ukraine ist Teil einer tiefgreifenden Krise der alten Weltordnung. ... Eine wirkliche Friedenspolitik muss daher zugleich auf die Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung zielen. ... Die Zukunft Europas ist nur denkbar, wenn Brücken gebaut, statt Frontlinien gezogen werden, wenn ab- statt aufgerüstet wird, wenn soziale Sicherheit und Demokratie Leitbild europäischer Politik sind, wenn allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde möglich ist. Das ist und bleibt unser Maßstab auch gegenüber der Außenpolitik der deutschen Bundesregierung.“ Innenpolitisch geschieht zu wenig, einige Lichtblicke gibt es in der Rentenpolitik und der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, beides vor allem auf Druck der LINKEN. Aber „die Kernprobleme bleiben ungelöst: Deutschland hat den größten Niedriglohnsektor Westeuropas“, die Große Koalition hebt mit dem „Tarifeinheitengesetz“ das Streikrecht der Gewerkschaften aus. Dem „Mythos vom ‚Jobwunder‘ stehen wachsende Armut, Zunahme prekärer Beschäftigung, keine Zukunftsperspektive auf gute Arbeits- und Lebens-

bedingungen“ gegenüber.

„Für die Große Koalition ist eine Politik der ‚schwarzen Null‘ das Kernprojekt ... Die ‚schwarze Null‘ bedeutet: kaum Geld für Investitionen in Bildung, Kitas, Gesundheit, Pflege, Verkehr, digitale Infrastruktur und in die Energiewende.“ Somit „verfällt die öffentliche Infrastruktur und ein Großteil der Kommunen steckt tief im Defizit – zulasten eines Großteils der Bevölkerung. ... CDU/CSU und SPD verzichten auf eine deutlich stärkere Besteuerung hoher Vermögen und Einkommen, Reiche und Vermögende werden weiterhin geschont. Die SPD hat dafür ihre Wahlversprechen erneut ignoriert. In keinem anderen Land der Euro-Zone ist der private Reichtum inzwischen so ungleich verteilt wie in Deutschland.“

Dieser Analyse folgen im Leitantrag Darlegungen zur Möglichkeit von Alternativen, darin eingebettet die Kampagne „Das muss drin sein“. DIE LINKE arbeitet zehn Jahre erfolgreich im Bundestag, in vielen Bereichen zeigt sich: Links wirkt. „DIE LINKE steht in Deutschland und mit der Europäischen Linken in ganz Europa für einen demokratischen Aufbruch: mit konkreten Reformalternativen für einen sozialen und ökonomischen Kurswechsel und für eine Erneuerung der Demokratie.“ Folgerichtig stellt der Leitantrag die Aufgaben und Möglichkeiten unserer Partei dar, das äußert sich in den folgenden Überschriften der einzelnen Kapitel:

- Kompetenzen der LINKEN: An Alternativen arbeiten
- Kompetenz für soziale Gerechtigkeit weiter stärken: Gute Arbeit und soziale Rechte - gegen gesellschaftliche Ausgrenzung und für ein gutes Leben
- Kompetenz Steuergerechtigkeit: Reichtum umverteilen, Steuerflucht bekämpfen und in die Zukunft investieren
- Kompetenz Friedenspolitik: Verantwortung wahrnehmen heißt für uns: Waffenexporte verbieten, Abrüsten, Auslandseinsätze beenden und für eine neue europäische Entspannungspolitik eintreten
- Kompetenz Demokratie: Freihandelsabkommen TTIP, TISA und CETA stoppen, direkte Demokratie stärken, Bürgerrechte ausbauen
- Kompetenz für eine humanitäre Flüchtlings-, Asyl- und Migrationspolitik – gegen Rechtspopulismus, Neofaschismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und jeden Rassismus
- Kompetenz für bezahlbare Mieten und Energie: Gesellschaft sozial und ökologisch umgestalten
- Landtagswahlen 2016: Meilensteine für DIE LINKE
- Starke LINKE Opposition im Südwesten
- Schwarz-rote Koalition ablösen – für einen linken Politikwechsel!
- Perspektive 2017: Eine Alternative ist möglich – hier und in Europa
- Die Bundestagswahl wird eine Abstimmung über die Zukunft Europas

Die Kampagne „Das muss drin sein!“ wurde bereits am 1. Mai gestartet und ist Mittelpunkt der politischen Arbeit bis zu den Bundestagswahlen 2017. Sie richtet sich insbesondere gegen „die Prekarisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen“ der Menschen. „Mit der Kampagne machen wir Druck für das, was selbstverständlich sein sollte in einem reichen Land – mit fünf zentralen Forderungen:

- Befristung und Leiharbeit stoppen
- Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV

Fortsetzung S. 6

Genossen Günter Pappenheim zum 90. Geburtstag

Am 3. August begeht Günter Pappenheim seinen 90. Geburtstag. Genosse Pappenheim ist der einzige noch lebende Schmalkalder, der während des Faschismus im KZ inhaftiert war. Einige von uns haben ihn anlässlich der diesjährigen Gedenkveranstaltung zur Selbstbefreiung Buchenwalds sehen und hören können, wo auch die unten erwähnte Ziehharmonika eine wichtige Rolle spielte (vergl. „Blitzlicht“ Nr. 51).

Um seinen Lebensweg kurz zu umreißen, zitiere ich aus dem am 8. 12. 2014 erschienenen Bändchen „Jüdische Miniaturen LUDWIG PAPPENHEIM Redakteur – Sozialdemokrat – Menschenfreund“, das von Ute Simon, Leiterin des Stadt- und Kreisarchivs Schmalkalden, sowie von York-Egbert König (Eschwege) und Prof. Dietfried Krause-Vilmar (Kassel) erarbeitet worden ist.

Günter Pappenheim wurde am 3. August 1925 in Schmalkalden geboren. Nach dem Besuch der Knabenschule „hatte er das Schlosserhandwerk erlernt und arbeitete in dem Schmalkalder Werkzeugbetrieb Gebrüder Heller in der Asbacher Straße 9. Hier spielte er am 14. Juli 1943 in Gesellschaft von französischen Zwangsarbeitern, mit denen er sich verbunden fühlte und die er heimlich unterstützte, anlässlich des französischen Nationalfeiertages auf der Ziehharmonika die „Marseillaise“. Er wurde denunziert und bereits wenige Stunden später verhaftet. Zuerst brachte ihn die Gestapo in das Polizeigefängnis Suhl, wo bereits 10 Jahre zuvor sein Vater Ludwig eingesperrt hatte, dann wurde er in das Konzentrationslager Buchenwald deportiert, wo der Jugendliche mit der Nummer 22.514 auf viele erfahrene Häftlinge, Kommunisten und Sozialdemokraten traf, die seinen Vater noch gekannt hatten. Günter überlebte und engagierte sich in der aus KPD und SPD zwangsvereinigten SED. Er studierte Gesellschaftswissenschaften und Ökonomie und war zuletzt Vorsitzender des Rates des Bezirks Potsdam und Mitglied der Zentralen Parteikontrollkommission der SED. Seit vielen Jahren erinnert er als Vorsitzender der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e. V. und als 1. Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora an die Schrecken von Verfolgung und Lagerhaft.“

Der Schmalkalder Stadtvorstand DIE LINKE und die Ortsgruppe der VVN/BdA gratulieren unserem Genossen und Kameraden Günter Pappenheim auf das Herzlichste, wünschen ihm gute Gesundheit und noch langes Wirken im Sinne des Buchenwaldschwures.



Günter Pappenheim

Denunziert und bereits wenige Stunden später verhaftet. Zuerst brachte ihn die Gestapo in das Polizeigefängnis Suhl, wo bereits 10 Jahre zuvor sein Vater Ludwig eingesperrt hatte, dann wurde er in das Konzentrationslager Buchenwald deportiert, wo der Jugendliche mit der Nummer 22.514 auf viele erfahrene Häftlinge, Kommunisten und Sozialdemokraten traf, die seinen Vater noch gekannt hatten. Günter überlebte und engagierte sich in der aus KPD und SPD zwangsvereinigten SED. Er studierte Gesellschaftswissenschaften und Ökonomie und war zuletzt Vorsitzender des Rates des Bezirks Potsdam und Mitglied der Zentralen Parteikontrollkommission der SED. Seit vielen Jahren erinnert er als Vorsitzender der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e. V. und als 1. Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora an die Schrecken von Verfolgung und Lagerhaft.“

Der Schmalkalder Stadtvorstand DIE LINKE und die Ortsgruppe der VVN/BdA gratulieren unserem Genossen und Kameraden Günter Pappenheim auf das Herzlichste, wünschen ihm gute Gesundheit und noch langes Wirken im Sinne des Buchenwaldschwures.

Ingrid Krauss

Parteiwahlen 2015

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Landesvorstand DIE LINKE. Thüringen hat die Einberufung der 1. Tagung des 5. Landesparteitages beschlossen. Dieser wird am 14./15. November 2015 in der Stadthalle Gotha durchgeführt. Neben personellen Entscheidungen wird er Stellung zur politischen und gesellschaftlichen Situation, zur Entwicklung des Freistaates Thüringen sowie zur internationalen politischen Lage beziehen. Gleichzeitig wird er die Berichte des Landesvorstandes und der weiteren Gremien im Landesverband sowie der Landtagsfraktion entgegennehmen. Auch über mögliche Satzungsänderungen und die Fortschreibung des mittelfristigen Finanzkonzeptes der Partei findet die Beratung statt.

Der Landesparteitag wählt entsprechend der „Landessatzung Thüringen“ §15 Abs.4 in jedem zweiten Jahr:

- eine/n Landesvorsitzende/n, zwei stellvertretende Landesvorsitzende, eine/n Landesgeschäftsführer/in, eine/n Landesschatzmeister/in und maximal 15 weitere Mitglieder des Landesvorstandes,
- 3 bis 5 Mitglieder der Landesschiedskommission,
- 3 bis 5 Mitglieder der Finanzrevisionskommission.

Die Delegierten werden entsprechend §16 in den Regional-, Kreis- bzw. Stadtverbänden, in den Landesarbeitsgemeinschaften (Landes-AG'en) und Landesinteressengemeinschaften (Landes-IG'en) sowie dem parteinahen Jugendverband nach einem einheitlich vorgegebenen Schlüssel in geheimer Wahl gewählt. Der Kreisverband Schmalkalden-Meiningen darf zum 5. Landes-

parteitag 3 Genossinnen und 2 Genossen entsenden.

Diese Delegierten werden zum Kreisparteitag am 17. Oktober 2015 in Schmalkalden, Bürgerhaus "Werra-Aue" Wernshausen, Werraweg 1 gewählt. Gleichzeitig steht unser Kreisparteitag aber noch vor weiteren Wahlen. So muss vor allem ein neuer Kreisvorstand gewählt werden. Nachdem bereits mehrere Vorstandsmitglieder ausgeschieden sind bzw. erklärt haben, dass sie nicht mehr kandidieren werden, ist ein personeller Neuanfang, voraussichtlich auch mit einem neuen Kreisvorsitzenden erforderlich. Die Wahl der Kreisfinanzrevisionskommission und der Mitglieder für den Landesausschuss sollte hingegen keine größeren Probleme darstellen.

Da unser Kreisparteitag als Gesamtmitgliederversammlung durchgeführt wird, ist es nicht erforderlich, dass im Vorfeld die Basisorganisationen Delegierte wählen. Gleichwohl ist es erforderlich auch in den Basisorganisationen und Stadtverbänden Mitgliederversammlungen durchzuführen und die jeweiligen Leitungen neu zu wählen. In allen Basisorganisationen und Stadtverbänden sind die Wahlperioden abgelaufen bzw. stehen die ehemals gewählten Genossinnen und Genossen nicht mehr für die verantwortlichen Aufgaben zur Verfügung.

Dementsprechend erwarten wir von allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes sich entsprechend ihren Möglichkeiten in die Vorbereitung und Durchführung des vor uns stehenden Wahlmarathons einzubringen.

Hans-Peter Heller

„Religion ist Opium fürs Volk“

Fakten und Hintergründe (Teil 2)

DR. MUHAMMAD SCHMIDT

Fortsetzung von Nr. 51

Von der religiösen Lehre her hat diese Entwicklung zwar zu einem bibelkritischen Verständnis der biblischen Schriften geführt und damit auch entschieden zum Abbau eines fortschrittsfeindlichen Weltbildes in der christlichen Lehre mit beigetragen und den vorher geltenden absoluten Gültigkeitsanspruch entsprechend relativiert. Das war sicher gut für eine freie, sich weiterentwickelnde Wissenschaft in dem sich entwickelnden und sozial aufsteigenden (Groß)Bürgertum des 19. Jh. und bereitete den Rahmen für die Zunahme wissenschaftlicher Erkenntnis, die von der kirchlichen Lehre nun nicht mehr wie vorher bevormundet werden konnte. Allerdings konnte sie nicht verhindern, dass die Kirchen selber trotz der relativen Fortschritte in theologischer Wissenschaft und Lehre nach wie vor an der sozialen Unmündigkeit ihrer gläubigen Schärfen festhielten und diese nach wie vor in ihrem Sinne zu steuern suchten. Vor allem in der zweiten Hälfte des 19. Jh. halfen deutsche Missionare deutschen Kaufleuten, den Nama und Herero im heutigen Namibia Land abzuschwätzen und entsprechende Verträge von diesen im Zustand der Trunkenheit unterzeichnen zu lassen. Etwa zeitgleich wurden von westlichen Missionaren in China Lebensmittelspenden nur an solche Teile der Bevölkerung in den von Hungersnot betroffenen Gebieten verteilt, die sich nominell zum Christentum bekannten, danach aber wieder von diesem abfielen und daher als sogenannte „Reischristen“ bekannt wurden. In Europa mussten die Nutznießer kirchlich-caritativer Projekte zunächst mehr oder weniger freiwillig zuerst beten, fromme Lieder singen und sich christlich erbauende Predigten anhören, bevor sie ihr dünnes Süppchen löffeln durften und in einem zugigen Nachtsylo ihr Haupt zum Schlaf niederlegen durften. Von einem Umgang kirchlicher Institutionen mit dem Rest der Gesellschaft auf gleicher Augenhöhe war man also noch weit entfernt.

Historisch gesehen war die Jesusbewegung im alten Palästina der römisch-hellinistischen Zeit eine unter mehreren jüdischen Sekten im antiken Judentum jener Zeit. Es gab z. B. Pharisäer, Sadduzäer, Essener und auch Anhänger einer Bewegung von Johannes dem Täufer. Die Jesusbewegung erwuchs aus den unteren Schichten der damaligen jüdischen Gesellschaft und vertrat bestimmte religiöse Lehren, die von dem jüdischen Gesetzesglauben der führenden religiösen und gesellschaftlichen Träger und der von ihnen vertretenen religiösen Institutionen radikal abwich. Einige meinten sogar, in Jesus als dem Führer dieser Bewegung den erwarteten Messias erkennen zu können, einen von Gott gesandten Führer, der das jüdische Volk aus der Knechtschaft der römischen Besatzung in die Freiheit führen und auch sonst in jeder Hinsicht ein Gott gefälliges Reich gemäß seinen Geboten errichten würde. Diesem Anspruch an ihn ist Jesus aber mehrfach deutlich entgegengetreten, indem er hervorhob, kein politischer Führer zu sein, sondern lediglich ein spiritueller Reformers seines Volkes zu sein und sich besonders um die Bedrängten und Benachteiligten kümmern zu wollen (vgl. z. B. Joh. 18:36; Mk. 12:17). Nach Jesu Tod am Kreuz gründeten seine Anhänger zunächst kleine Hausgemeinden und mussten

sich vor den Verfolgungen durch die jüdischen Religionsbehörden fürchten. Ab etwa 33 n. Chr. begann der aus dem Neuen Testament der Bibel bekannte Paulus seine christliche Missionstätigkeit und verpflanzte die Lehre Jesu aus ihrem ursprünglich rein jüdischen Umfeld in das der hellenistisch-römischen Welt, wo es zunehmend eine völlig andere Gestalt in Lehre und Organisation und Ämterhierarchie der christlichen Gemeinden annahm. Aus den lokalen Führern einzelner verstreuter Gemeinden bildeten sich bald überörtliche Führer heraus, die man "Bischöfe" nannte und die nun mehrere Gemeinden in einer bestimmten Region beaufsichtigten. Im 1. nachchristlichen Jh. löste sich das Christentum weitgehend von seinen ursprünglichen jüdischen Wurzeln, und es waren überwiegend nur noch Nichtjuden als Anhänger Christi in den Gemeinden jener Zeit vertreten. Unter den römischen Kaisern Konstantin und Theodosius I. stieg das Christentum schließlich nach mehreren Verfolgungswellen im Römischen Reich zur Staatsreligion auf (308 n. Chr.). Der zunehmende Verfall des Römischen Reiches und mehrere Einfälle sowohl germanischer als auch keltischer Stämme, die von jeher die Grenzen des Römischen Reiches bedrohten, führten in der Folge zu Bekehrungsversuchen unter den damals germanischen, keltischen und slawischen Völkern Europas.

Als nun das Christentum zu den germanischen, keltischen und slawischen Völkern Europas kam, kam es in einer Gestalt der christlichen Lehre wie der Trinität, der menschlichen und göttlichen Natur Jesu und Anderem mehr, die ein Ergebnis von Entwicklungen innerhalb des Christentums der nachapostolischen Zeit waren und sich zunehmend von dem urkirchlichen Original im Palästina zur Zeit Jesu entfernt hatten. Die Bischöfe von Rom wurden wie in den slawisch- und griechisch-orthodoxen Kirchen auch wie Monarchen in ihr Amt inthronisiert und gebärdeten sich zunehmend wie andere Monarchen dieser Welt. In den folgenden Jahrhunderten (5. - 14. Jh.) wurde das Christentum den Völkern Europas nicht nur durch friedliche Mission, sondern auch mit dem Schwert und damit einhergehenden Zwangsbekehrungen gebracht. Kirche und Kaiser stritten sich um den Anspruch auf die politische Vorherrschaft; und in der scholastischen Philosophie des Mittelalters wurde ideologisch ein recht starres Weltbild vertreten, das der Kirche das ideologische Führungsmonopol mit Anspruch auf absolute Gültigkeit sicherte. Wer von dieser Lehrer abwich, wurde als Ketzer gebrandmarkt und durch die Inquisition gefoltert und zum Tode verurteilt. Die Kirche als institutioneller Vertreter der christlichen Religion war immer mehr zu einem Machtinstrument der herrschenden Schichten in der Zeit des Mittelalters geworden. Die bei Markus zitierte Aussage Jesu „So gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist“ (Mk. 12:17) konnte nun als Aufhänger für ein gottgefälliges Verhalten darin gesehen werden, indem sich die breiten Massen dem Herrschafts- und Führungsanspruch ihrer päpstlichen, bischöflichen und königlichen Herren willig fügten, ihnen gehorsam folgten und damit das bestehende Herrschaftssystem gesellschaftlich stabilisierten. Die weitere Entwicklung ist bekannt:

Fortsetzung S. 6

Fortsetzung von S. 5

Die Zeit der europäischen Aufklärung, der Renaissance und zuletzt der Französischen Revolution kratzten zwar immer mehr an dem bisherigen kirchlichen Lehr- und Pfründemonopol, aber auch in der darauf folgenden Zeit des Aufstiegs von Handel und des Bürgertums war die ideologische und soziale Bevormundung der breiten Massen durch die Vorherrschaft der Kirche noch nicht endgültig gebrochen. Diese dauerte bis spät ins 19. Jh. hinein, und erst als Charles Darwin (1809-1882) mit seinen Arbeiten zur Evolutionstheorie die bisherige kirchlich vertretene Schöpfungslehre ad absurdum führte, ließ sich auf einer breiteren Ebene zeigen, dass weder die Bibel noch die Kirche mit ihrem Anspruch auf das absolute Wahrheitsmonopol immer Recht haben konnten. Aber auch die vor allem in Deutschland aufkommende bibelkritische theologische Wissenschaft konnte das festgefügte gesellschaftliche Fundament der Kirche erschüttern. Die Spanier und Portugiesen hatten schon im 15. und 16. Jh. große Teile Latein- und Südamerikas erschlossen und diesen Teil der Welt für sich als Kolonie nutzbar gemacht. Im 19. Jh. wurden dann große Teile Afrikas und Asiens nicht nur missioniert, sondern auch als Kolonien erschlossen und vor allem für die europäischen Kolonialmächte England, Frankreich und Deutschland nutzbar gemacht. Die christliche Mission hatte bis auf ganz wenige Ausnahmen immer auch eine enge Kooperation mit der jeweiligen europäischen Kolonialverwaltung und der von ihr ins Land gebrachten Siedler aus den europäischen Heimatländern zur Folge. In den Kolonialkirchen hatten nicht die einheimischen chinesischen oder afrikanischen Pastoren das Sagen, sondern die europäischen Missionare, die ihren Schäfchen leider nur allzu oft nur eine unzureichende Ausbildung zugestanden, weil sie die einheimische Bevölkerung für zivilisatorisch nicht nur unterlegen, sondern auch bildungsfern hielten und zudem Teile der einheimischen Bevölkerung nur insoweit ausbilden wollten, dass sie ihren europäischen Kolonialherren effektiv dienen konnten.

Die Zeit nach dem 1. Weltkrieg ab 1918 bedeutet auch historisch eine Zeitenwende, als in den verschiedensten Teilen Europas, besonders aber in Deutschland, durch die revolutionären Entwicklungen bedingt, die Kirche auch an gesellschaftlichem Einfluss verlor und sich diesen mit anderen, zum Teil neu entstandenen gesellschaftlichen Kräften und Institutionen teilen musste. In den späteren sozialistischen Ländern wurden Kirche und Christen in den gesellschaftlichen Hintergrund gedrängt und vereinzelt auch aktiv verfolgt. In den westlichen Ländern Europas säkularisierten sich die jeweiligen Gesellschaften immer mehr, es folgten nicht nur

Kirchenaustritte, sondern auch die Kirchenräume mit ihren Gottesdiensten wurden immer leerer, und zunehmend wurde die Frage diskutiert, ob man die kirchlichen Steuerprivilegien in Ländern wie Deutschland nicht gänzlich abschaffen und die Kirchen in ihrer Finanzierung nicht völlig sich selbst überlassen sollte. In dieser Situation müssen Kirchen wieder zunehmend um Gläubige und Anhänger werben und ihren Nutzen für die Gesellschaft durch ihre karitative Arbeit beweisen und ihre Existenz damit neu legitimieren. Pikant ist auch die heute allgemein übliche Zweiteilung der Theologie in eine wissenschaftliche, die an den theologischen Fakultäten der Universität gelehrt wird, und eine kirchenoffizielle, die die in der wissenschaftlichen Theologie ausgebildeten Pfarrer nachher nach außen vertreten müssen: An der Universität erzählen ihnen die Professoren für Neues Testament, dass Jesus möglicherweise gar nicht leiblich auferstanden ist und die schriftlichen Texte in der Bibel dazu lediglich Glaubenszeugnisse der frühen Christen sind. Zu Ostern verkünden sie aber in ihren Gemeinden den Sieg Jesu über den Tod durch seine Auferstehung - eine Botschaft, die den christlichen Glauben an sich elementar ausmacht, und sollte sie ebenso wie der biblische Schöpfungsbericht wissenschaftlich ad absurdum geführt werden, erweist sich damit der christliche Glaube selbst als hinfällig und bedeutungslos und die gesellschaftliche Institution der Kirche selbst als nutzlos und überflüssig (somit hätten wir dann ein paar akademisch gebildete arbeitslose Theologen mehr).

Hier haben wir eine Entwicklung verfolgt, die einerseits zeigt, wie die christliche Religion ausgehend von einer Jesusbewegung aus den unteren Gesellschaftsschichten im antiken Palästina der römisch-hellinistischen Zeit nicht nur zu einer Staatsreligion und später dann auch zu einem Herrschaftsinstrument der führenden gesellschaftlichen Schichten aufgestiegen ist, um am Ende in einer weitgehend säkularisierten Gesellschaft des Westens im 20. und 21. Jh. n. Chr. nicht nur zunehmend an Einfluss zu verlieren, sondern auch selbst in Frage gestellt zu werden. Denn ab einem bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungs- und allgemeinen Bildungsstand scheint der Mensch und die Gesellschaft die Religion nicht mehr als die allein selig machende Wahrheit zu benötigen.

Dies wirft eine weitere Reihe von wichtigen Fragen auf, denen im folgenden Teil III dieser Artikelserie nachgegangen werden soll.

Fortsetzung Nr. 53

Nachbetrachtungen zum Bielefelder Parteitag

Fortsetzung von S. 3

- Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst
- Wohnen und Energie bezahlbar machen
- Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit“

Es wird eine wichtige Aufgabe vor allem der neuen Vorstände in unserem Kreisverband und in den Stadtverbänden oder Basisorganisationen sein zu überlegen, wie wir dieser Kampagne Leben einhauchen und mit welchen konkreten Maßnahmen wir sie ebenfalls in den Mittelpunkt unserer eigenen politischen Arbeit stellen können und müssen.

Ingrid Krauss

Indem man über andere schlecht redet, macht man sich selber nicht besser.

Konfuzius

Beitragsehrlichkeit - Beitragstabelle

Beschluss der 3. Tagung des 4. Parteitages

Die Partei und ihre Gliederungen verstärken ihre Anstrengungen zur Erhöhung der Beitragseinnahmen, mit dem Ziel, stärker als bisher die Eigenfinanzierung aller Landesverbände sicher zu stellen, um mehr Mittel für die politische Arbeit und für Wahlkämpfe einsetzen zu können. Dazu ist es erforderlich:

- Die Mitgliedergewinnung und Mitgliederpflege noch stärker als bisher zu einem ständigen Schwerpunkt der Arbeit aller Gliederungen zu machen.
- Alle Mitglieder davon zu überzeugen, dass ohne die Zahlung eines tabellengerechten Beitrags, die finanzielle Handlungsfähigkeit insbesondere der Landesverbände langfristig nicht zu sichern ist und in allen Gliederungen der Partei - die das bisher noch nicht getan haben - entsprechende Aktivitäten einzuleiten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

immer wieder beschäftigen sich Parteitage und die zuständigen Finanzgremien mit der Forderung nach korrekter Bezahlung der Parteibeiträge. Da auch für unsere Partei ständig höhere Ausgaben zu Buche stehen und andererseits von den Mitgliedern der Beitrag nicht immer korrekt bezahlt wird, hat dieser Parteitag eine neue Finanzordnung und dazugehörige Beitragstabelle beschlossen.

Für uns als Rentner gab es in den letzten Jahren und in diesem Jahr eine Rentenerhöhung. Ich appelliere an jedes Mitglied unseres Kreisverbandes, entsprechend der neuen Beitragstabelle die Richtigkeit der eigenen Beiträge zu überprüfen und gegebenenfalls zu erhöhen. Ich selbst lasse meinen Worten Taten folgen und erhöhe meinen Beitrag ab August, will dieses Geld aber als Spende an unseren Kreisverband überweisen.

Da es nicht allen Genossinnen und Genossen möglich ist, das Formular in der Geschäftsstelle in Meiningen oder im Schmalkalder Bürgerbüro persönlich auszufüllen, erhalten alle Mitglieder mit ihrer Einladung zum Kreisparteitag einen entsprechenden Vordruck zugesandt.

Ingrid Krauss

Monatliche Einkünfte und Bezüge in Euro

Monatlicher Mitgliedsbeitrag in Euro

Mitglieder ohne Einkommen und *	1,50
bis 500	3,00
über 500 bis 600	5,00
über 600 bis 700	7,00
über 700 bis 800	9,00
über 800 bis 900	12,00
über 900 bis 1000	15,00
über 1000 bis 1100	20,00
über 1100 bis 1300	25,00
über 1300 bis 1500	35,00
über 1500 bis 1700	45,00
über 1700 bis 1900	55,00
über 1900 bis 2100	65,00
über 2100 bis 2300	75,00
über 2300 bis 2500	85,00
darüber	4 Prozent des Nettoeinkommens

* Bezieherinnen und Bezieher von ALG II, Sozialhilfe, Grundsicherung und Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz (AsyblG)

Im IV.Quartal gartulieren wir:

04.10. zum 79. Marga Albrecht, Brotterode-Trusetal
 08.10. zum 79. Eva Beck, Schmalkalden
 08.10. zum 82. Günther Krug, Brotterode-Trusetal
 10.10. zum 84. Hans-Günther Weilepp, Schmalkalden
 22.10. zum 81. Gotthard Großer, Meiningen
 23.10. zum 50. Anke Weigand, Kaltensundheim
 26.10. zum 80. Edelgard Ott, Benshausen
 04.11. zum 65. Rosmarie Bachmann, Schmalkalden
 11.11. zum 88. Erich Unversucht, Floh-Seligenthal
 14.11. zum 92. Helmut Behnisch, Schmalkalden
 20.11. zum 88. Alfred Frank, Floh-Seligenthal
 22.11. zum 84. Liselotte Künzel, Schmalkalden
 22.11. zum 85. Gisela Latzko, Schmalkalden
 28.11. zum 81. Gisela Reichel, Zella-Mehlis

30.11. zum 80. Hans-Dieter Hergert, Einhausen
 10.12. zum 74. Renate Kieper, Meiningen
 12.12. zum 84. Margot Rzeznik, Schmalkalden
 13.12. zum 78. Klaus Hinske, Neubrunn
 14.12. zum 55. Lothar Bühner, Breitung (Werra)
 21.12. zum 75. Matthäus Hildebrand, Walldorf
 21.12. zum 91. Günter Reinhardt, Schmalkalden
 21.12. zum 86. Thea Ulrich, Schmalkalden
 26.12. zum 89. Werner Döhler, Fambach
 27.12. zum 80. Gisela Rothämel, Meiningen
 31.12. zum 60. Ilona Scheffler, Schmalkalden

Termine:

Sommerfest des Kreisverbandes

05. September 2015
 14:00 – 18:00 Uhr
 Zella-Mehlis,
 Tourist-Information, "Scheune",
 Louis-Anschütz-Str. 28

Regionalkonferenz

23. September 2015
 18:00 – 21:00 Uhr
 Oberhof, "Haus des Gastes",
 Crawinkler Str. 2

Basiskonferenz

26. September 2015
 10:00 – 15:00 Uhr
 Gera, "Clubzentrum Comma",
 Heinrichstr. 47

Kreisparteitag

17. Oktober 2015
 ab 09:00 Uhr
 Schmalkalden, Bürgerhaus
 "Werra-Aue" Wernshausen,
 Werraweg 1



Impressum:

DIE LINKE. Schmalkalden-Meiningen

Kreisvorstand, in Verantwortung
 von Ronald Hande (V.i.S.d.P.)
 Tel. (03693) 8853531
 rgeschaefsstelle@die-linke-schmalkalden-
 meiningen.de

www.die-linke-schmalkalden-meiningen.de

Spendenkonto:

IBAN: DE65840500001706060366
 BIC : HELADEF1RRS

Öffnungszeiten:

Kreisgeschäftsstelle
 Dienstag 09:00 - 12:00 Uhr
 (und nach Vereinbarung)

Abgeordnetenbüro Steffen Harzer (MdL)
 Eleonorenstraße 10
 98617 Meiningen
 Tel.: (03693) 8853530
 Montag bis Freitag 09:00 - 17:00 Uhr

Bürgerbüro Ronald Hande (MdL)
 Hoffnung 11
 98574 Schmalkalden
 Tel.: (03683) 407455
 Montag 09:00 - 12:00 Uhr
 Donnerstag 14:00 - 16:00 Uhr

Abgeordnetenbüro Ina Leukefeld (MdL)
 Rüssenstraße 19
 98527 Suhl



Wir trauern um:

Hans Köhler, Schmalkalden
 Alfons Brandt, Zella-Mehlis
 Käte Brandt, Zella-Mehlis

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge
 oder Pressemitteilungen (pm) trägt der
 Verfasser die alleinige Verantwortung.
 Nachdruck nur mit Genehmigungen der
 Redaktion.